



BETRIEB & GEWERKSCHAFT

Mein wöchentlicher Newsletter

30. November 2018

Wolfgang Rose (SPD)

Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft

www.wolfgang-rose.info

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

eine wirkliche **Demokratie** besteht nicht nur aus freien Wahlen, sondern ganz wesentlich auch aus freier öffentlicher Diskussion und Meinungsbildung. Dazu braucht sie **freie, unabhängige Medien**, die aber gleichzeitig ihre Freiheit nicht als Freiheit zur Unwahrheit („alternative Fakten“) missbrauchen. Ein solcher kritisch-unabhängiger ist heute auch in den westlichen Demokratien vielfältigen Angriffen und Gefahren ausgesetzt. Der renommierte österreichische Journalist Armin Wolf beschrieb diese Gefahren jüngst in einer Rede bei der Otto-Brenner-Stiftung, die ich Euch diese Woche zur Lektüre empfehle (unten als „Lesetipp der Woche“). Und außerdem einen aktuellen Beitrag von SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil zur Frage, wie wir die Demokratie im Internet verteidigen können (ebenfalls dort). Dazu passend ist auch ein Veranstaltungsbericht des DGB zur Zukunft der öffentlich-rechtlichen Sender, den Ihr unter „Demokratie, Kultur und Bildung“ findet.

Wie immer freue ich mich auf Eure Rückmeldungen.

Kollegiale Grüße

Wer diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchte, sendet bitte eine entsprechende Re-Mail unter post@wolfgang-rose.info

Falls dieser Newsletter in Ihrem Mailprogramm nicht optimal dargestellt wird, finden Sie ihn anbei auch als PDF-Datei, oder [hier](#) zum Anschauen und Herunterladen.

Weitere regelmäßige Infos dazu finden Sie / findet Ihr auch auf <https://www.facebook.com/wolfgang.rose.79> - bitte bei Interesse auch abonnieren.

Unser Lese-Tipp der Woche:

- **Schlechte Nachrichten. Zur dreifachen Krise des Journalismus**

Der renommierte ORF-Journalist Armin Wolf hat in seiner Festrede bei der Verleihung der Otto-Brenner-Preise für kritischen Journalismus die bedrohlichen Entwicklungstendenzen für seriöse Medien durch die ökonomische Konkurrenz, die rechten Angriffe auf die Pressefreiheit und die Verbreitung gezielter Unwahrheiten beschrieben und herausgestellt, die wichtig die Verteidigung eines unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist.

Hier lesen: <https://tinyurl.com/yd5emb3n>

- **Wie wir die Demokratie im Netz verteidigen können**

Ein Beitrag von SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil dazu, wie Sozialdemokrat*innen und andere die Demokratie im Internet gegen rechte Propaganda verteidigen können.

Hier lesen: <https://tinyurl.com/y99uk3so>

Unsere Veranstaltungs-Tipps der Woche:

- **Peter Tschentscher im Gespräch in Hamburg-Mitte**

Der Erste Bürgermeister zu Gast in Ihrem Stadtteil: Wir setzen die gute Tradition der direkten Bürgergespräche mit dem Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg fort. Peter Tschentscher besucht jeden der 17 Hamburger Wahlkreise und stellt sich Ihren Fragen und Anregungen.

Montag, 3. Dezember 2018, 19.30 Uhr
Wichernforum, Horner Weg 166, 22111 Hamburg

Nähere Infos hier: <https://tinyurl.com/y87nk4ab>

- **10 Jahre Finanzkrise – Schrecken ohne Ende?**

Diskussionsveranstaltung des Arbeitskreises Wirtschaft & Finanzen der SPD Altona mit Christa Randzio-Plath, Suleika Reiners und Torsten Teichert

Donnerstag, 6. Dezember 2018, 19.30 Uhr
Alte Druckerei Ottensen, Bahrenfelder Straße 73 b (Hinterhof)

Nähere Infos hier: <https://tinyurl.com/y9sfs5t9>

Arbeit und Soziales

- **Keine Toleranz: Gewalt gegen Frauen konsequent begegnen**

Die Hamburgische Bürgerschaft diskutierte auf Anmeldung der Regierungsfractionen das Thema „Häusliche Gewalt stoppen, Beziehungstaten verhindern: Hamburg setzt auf wirksame Konzepte gegen Beziehungsgewalt und stärkt Präventionsangebote, Frauenhäuser und Opferschutzhilfen“. Damit widmet sich das Parlament einer wichtigen Debatte: Aus aktuellen Zahlen des Bundesfamilienministeriums geht hervor, dass in Deutschland 82 Prozent der Opfer von Partnerschaftsgewalt Frauen sind. Bundesweit versucht statistisch gesehen ein Mann pro Tag seine Frau umzubringen. Die SPD setzt sich seit ihrem Regierungsantritt 2011 mit einer Vielzahl an Maßnahmen für die Opfer von Beziehungstaten und häuslicher Gewalt ein.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/ybht72m3>

- **Stärkung des Opferschutzes: SPD und GRÜNE investieren zusätzlich 820.000 Euro in Frauenhäuser**

Die rot-grüne Regierungskoalition setzt sich für die Instandhaltung der Hamburger Frauenhäuser ein und investiert in den Jahren 2019/2020 zusätzlich bis zu 820.000 Euro für notwendige Sanierungsmaßnahmen. Dazu gehören notwendige Dach- und Fassadenarbeiten ebenso wie die Gestaltung der Außenanlagen, die Erneuerung technischer Anlagen und die Renovierung der Räumlichkeiten. Einen entsprechenden Antrag bringen die Regierungsfractionen zu den Haushaltsberatungen im Dezember in die Bürgerschaft ein. Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat Rot-Grün bereits zahlreiche Maßnahmen beschlossen, um den Opferschutz weiter auszubauen. Darunter sind unter anderem die Einrichtung eines neuen Frauenhauses sowie die Stärkung der Staatsanwaltschaft.

Hier mehr dazu: <https://tinyurl.com/ycvyepmz>

- **„Häusliche Gewalt ist auch ein Arbeitsplatzproblem“**

Zum internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November weist Hamburgs DGB-Vorsitzende Katja Karger auf den Zusammenhang von Arbeit und häuslicher Gewalt hin. „Jede vierte Frau in Deutschland hat in ihrem Leben mindestens einmal häusliche Gewalt erlebt. Sie sind unsere Arbeitskolleginnen. Auch die Täter arbeiten mit uns zusammen. Das wirkt sich konkret auf unser Arbeitsumfeld aus. Es ist daher keine Privatsache, sondern gehört in die Betriebe.“

Hier mehr: <https://tinyurl.com/y8ogaens>

- **Nach 80 Stunden in Ausbildung oder Job**

In Hamburg sind derzeit etwa 10.500 Frauen und Männer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, die den Asylherkunftsländern* zuzuordnen sind. Dies ist innerhalb eines Jahres ein Anstieg von 3.000 oder 41,0 Prozent. 4.300 von ihnen sind als an- bzw. ungelernete Arbeitnehmer² tätig. 5.100 als Fachkräfte und etwa 1.100 als Spezialisten oder Experten.

Dazu zählen auch die 1.310 jüngeren Geflüchteten in Hamburg, die aktuell eine Ausbildung absolvieren. Deren Anzahl hat sich damit binnen eines Jahres um 584 oder 80,4 Prozent erhöht.

Hier lesen: <https://tinyurl.com/ydh3nh4e>

- **Jobs für Geflüchtete in Hotellerie und Gastronomie: "Es muss gute Arbeit sein"**

Die Agentur für Arbeit hat am 29. November die neuen Arbeitsmarktzahlen im Grone Bildungszentrum für Qualifikation und Integration präsentiert. Dabei ging es auch um die Kompetenzfeststellung HoGa für Geflüchtete und die damit verbundene Nachwuchs- und Mitarbeitergewinnung für die Hotellerie und Gastronomie. Dazu sagt Hamburgs DGB-Vorsitzende Katja Karger: „Wir begrüßen die Bemühungen, Geflüchtete in Arbeit zu bringen. Es muss aber gute Arbeit sein.“

Hier mehr: <https://tinyurl.com/ya5dmtko>

- **Solidarität mit Menschen mit HIV und AIDS**

Am 1. Dezember findet der Welt-AIDS-Tag statt. Seit 30 Jahren wird an diesem Datum weltweit an HIV und AIDS erinnert und unter dem Motto „Stopp Diskriminierung von Menschen mit HIV“ zur Solidarität mit Betroffenen aufgerufen. Nach neuesten Schätzungen des Robert-Koch-Instituts zum AIDS-Geschehen in Deutschland lebten Ende 2017 in Hamburg 7100 Menschen mit HIV und AIDS. Bei den geschätzten Neuinfektionen ist ein deutlicher Rückgang auf 170 Fälle zu verzeichnen. Auffällig ist dieser Trend vor allem bei Männern, die Sex mit Männern haben.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/y7sv5974>

- **Prüfer-Storcks für strengere Kontrollen bei risikobehafteten Medizinprodukten**

Vor dem Hintergrund von aktuellen Medienberichten über gesundheitliche Risiken von Medizinprodukten spricht sich Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks für strengere Kontrollen beim Marktzugang aus. Hierfür müsse sich die Bundesregierung stark machen. Außerdem fordert sie das Bundesgesundheitsministerium auf, endlich das lange angekündigte Implantateregister-Gesetz vorzulegen.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/yb7gb3et>

- **SPD setzt Umlage von Modernisierungskosten engere Grenzen**

Durch die Umlage von Modernisierungskosten wurden viele Wohnungen für Mieter unbezahlbar. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb engere Grenzen für die Umlage von Modernisierungskosten durchgesetzt, die diese Woche im Bundestag beschlossen werden.

Hier weiterlesen: <https://tinyurl.com/yavbwrxc>

- **Fünfter Aktionstag gegen Sozialleistungsmissbrauch von Vermietern**

Die Hamburger Behörden führten heute erneut einen sogenannten „Aktionstag“ durch. Dabei standen wieder Vermieter oder Eigentümer im Fokus, die die Situation von Menschen in Notlagen ausnutzen. Ziel der Aktionstage ist es, Missstände aufzudecken und Missbrauch zu stoppen.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/ycod9uel>

- **SPD setzt steuerlichen Impuls für Mietwohnungsneubau**

Die SPD setzt mit der heute vom Finanzausschuss beschlossenen Einführung einer Sonderabschreibung für den Mietwohnungsneubau einen steuerlichen Impuls für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/yc8mv774>

- **"Mit diesem Gesetz wird der mietrechtliche Flickenteppich zementiert"**

Die Bundesregierung will mit neuen Regelungen gegen explodierende Mieten vorgehen und unter anderem die Mietpreisbremse verschärfen. Doch "bundesweit gleiche rechtliche Verhältnisse bleiben leider Fehlanzeige", kritisiert DGB-Vorstand Stefan Körzell: "Wir warnen vor einem weiteren Anstieg der Mieten."

Hier mehr: <https://tinyurl.com/yaymsl36>

- **„Abrupten Mietanstieg verhindern“**

Justizministerin Barley will Berechnung der Mietspiegel verändern.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/y9zppeu2>

- **Axel Springer: Computer Bild im Warnstreik**

Wieder Warnstreik bei Computer Bild: Die Mitarbeiter der Springer-Zeitschrift Computer Bild haben am Dienstag für mehrere Stunden die Arbeit niedergelegt. Mit diesem Warnstreik unterstützen die Beschäftigten ihre Forderung nach einem Haustarifvertrag. Die Vereinte Dienstleistungsgesellschaft ver.di und der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) verhandeln seit Monaten über Tarifgehälter mit der Springer-Tochter, die die größte Computerzeitschrift in Europa herausgibt.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/ybjpbhnn>

- **So nutzen Beschäftigte die Brückenteilzeit**

Was die IG Metall per Tarifvertrag vorgemacht hat gilt ab 2019 auch per Gesetz: Das Recht, die eigene Arbeitszeit vorübergehend zu verkürzen. Wie man das Gesetz für sich nutzt und was Beschäftigte beachten sollten.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/y7uspys4>

- **Immer länger arbeiten? Die Mehrheit sagt "nein!"**

Die Rente mit 67 ist seit langem beschlossen, eine noch höhere Altersgrenze wird diskutiert. Der Blick auf die Lebenswirklichkeit der Beschäftigten zeigt: Die Debatte ist lebensfern - und bedeutet nichts anderes als Rentenkürzungen.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/y88jp8qt>

- **Doppelverbeitragung von Betriebsrenten abschaffen**

Die Rentenlücke wächst. Umso wichtiger wird neben der gesetzlichen auch die betriebliche Altersvorsorge: Für eine Rente, die nicht nur auf Grundsicherung hinausläuft, sondern den Lebensstandard wahrt. Dieser Meinung sind auch nahezu alle im Bundestag vertretenen Parteien. Umso ärgerlicher, dass viele Betriebsrentner bei der Auszahlung sowohl Arbeitnehmer- als auch Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung leisten müssen.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/y8u3aopn>

- **EU-Mobilitätspaket: Diese „Vorschläge“ müssen vom Tisch!**

Noch mehr prekäre Beschäftigungsbedingungen im Lkw-Verkehr, noch mehr Druck auf gute und tarifvertragliche Arbeitsplätze, noch mehr Schieflage zu Lasten der Schiene?! Die EVG fordert hier ein klares Stoppsignal! Deutschland muss die aktuellen Vorschläge zum EU-Mobilitätspaket ablehnen, fordert der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner in einem Brief an Verkehrsminister Scheuer.

Hier mehr dazu: <https://tinyurl.com/y9jf43nz>

- **NGG fordert Erhöhung der Löhne um 5,5 bis 6,5 Prozent**

Für die Tarifrunde 2019 hat der Hauptvorstand der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) eine tarifpolitische Empfehlung beschlossen, nach der die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen im Ernährungsgewerbe sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe um 5,5 bis 6,5 Prozent im Jahr 2019 steigen sollen, bei einer Laufzeit der Tarifverträge von zwölf Monaten.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/yb5qgaj4>

- **Gewerkschaft NGG macht Tariffucht für ausufernden Niedriglohnsektor verantwortlich**

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hat die Tariffucht von Unternehmen für die steigende Zahl von Geringverdienern in Deutschland verantwortlich gemacht. „Wenn sich mittlerweile nur noch ein Drittel der Betriebe an Tarifverträge hält, dann hat das dramatische Folgen am Arbeitsmarkt“, sagt der NGG-Vorsitzende Guido Zeitler. Selbst ein Vollzeitjob sei in vielen Branchen längst keine Garantie mehr für ein gesichertes Auskommen, so der Gewerkschafter. Dies zeigten heute bekannt gewordene Zahlen der Bundesregierung. Danach arbeitet aktuell jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohnbereich.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/y9nncggo>

- **Arbeitsbedingungen: Keine Entwarnung bei prekärer Beschäftigung**

Niedrige Einkommen, geringer sozialer Schutz und weniger Mitbestimmungsrechte. Das ist noch immer die aktuelle Situation von prekär Beschäftigten. Die Gewerkschaften fordern den Gesetzgeber zum Handeln auf. Leiharbeit muss stärker reguliert und sachgrundlose Befristung abgeschafft werden.

Hier mehr: <https://tinyurl.com/ya8eg55y>

- **Bessere soziale Absicherung auch für Kulturschaffende**

Viele Kulturschaffende arbeiten projektbezogen und schaffen es oft nicht, die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld zu erfüllen. Mit dem Qualifizierungschancengesetz, das der Deutsche Bundestag heute verabschiedet, verbessern wir die soziale Absicherung von Beschäftigten in der Kulturbranche.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/yaaywecc>

- **Tarifverdienste im 3. Quartal 2018: +3,7 % zum Vorjahresquartal**

Die Tarifverdienste in Deutschland sind im dritten Quartal 2018 um durchschnittlich 3,7 % gegenüber dem Vorjahresquartal gestiegen. Berücksichtigt wurden tarifliche Grundvergütungen und tariflich festgelegte Sonderzahlungen wie Einmalzahlungen, Jahressonderzahlungen oder tarifliche Nachzahlungen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, lag der Anstieg ohne Sonderzahlungen im dritten Quartal 2018 im Vorjahresvergleich bei 2,7 %. Im gleichen Zeitraum stiegen die Verbraucherpreise um 2,1 %.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/yarupl9y>

- **Kündigung wegen Streiks? SPD-Abgeordnete legt sich mit Ryanair an**

In der vergangenen Woche begleitete die SPD-Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe eine Flugbegleiterin von Ryanair nach Dublin, um ihr im Gespräch mit ihrem Arbeitgeber

den Rücken zu stärken. Nun wurde der Frau gekündigt – mutmaßlich, weil sie sich an Streiks beteiligt hatte.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/ydc5gl2m>

- **Erfolg für Ryanair-Crew: Bundestag erleichtert Gründung von Betriebsräten im Luftverkehr**

Beim Billigflieger Ryanair herrschen ausbeuterische Bedingungen. Vier Betroffene haben dagegen gestreikt und wurden gekündigt. Eine am Freitag auf Initiative der SPD beschlossene Gesetzesänderung soll es Flugbegleitern künftig leichter machen, einen Betriebsrat zu gründen.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/y8k4glrr>

- **Das Smartphone nervt**

Wer in der Freizeit für die Firma erreichbar sein muss, ist oft unzufrieden mit seiner Work-Life Balance. Doch selbst wenn Beschäftigte Erreichbarkeit für Mails oder Anrufe als „freiwillig“ empfinden, strapaziert das die Partnerschaft.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/yc862tzg>

- **Innovative Mitbestimmung**

Wenn es darum geht, Unternehmen zukunftsfest zu machen, helfen Betriebsräte. Die Autoren einer aktuellen Auswertung der Forschungsliteratur verweisen auf eine Studie, die Ökonomen um Uwe Jirjahn von der Universität Trier 2006 veröffentlicht haben.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/y8gygqp7>

- **"Dafür sorgen, dass Menschen in Arbeit bleiben"**

Bundestagsrede von Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil zum Bundeshaushalt 2019: „Wir reden heute mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales nicht nur über den größten Einzeletat des Bundes, sondern im Kern auch über die Zukunft der Arbeit und die Zukunft des sozialen Zusammenhalts in diesem Land. Im Gegensatz zu dem, was wir eben gehört haben, würde ich das gerne einmal mit Blick auf die Lebensrealität vieler Menschen in Deutschland tun und Sie an der einen oder anderen Stelle mit ein paar Begegnungen konfrontieren, die ich in der letzten Woche in der schönen Stadt Stuttgart hatte.“

Hier weiter: <https://tinyurl.com/y7mazzxg>

Wirtschaft, Umwelt, Steuern und Finanzen

- **Kurzzüge werden abgeschafft, Takte verdichtet, Linien ausgeweitet**

Zum Fahrplanwechsel am 9. Dezember 2018 und im Laufe des Jahres 2019 macht der HVV den Fahrgästen ein deutlich verbessertes Angebot

Hier mehr: <https://tinyurl.com/y848ez8v>

- **Erweitertes HVV-Angebot: "Ein Umfang von historischem Ausmaß"**

Der Senat hat ein deutlich erweitertes HVV-Angebot vorgestellt, das zum Fahrplanwechsel am 9. Dezember sowie im Laufe des kommenden Jahres in Kraft tritt. Dazu Dorothee Martin, verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion: "Die Fahrgastzahlen steigen seit Jahren kontinuierlich. Deshalb ist es richtig und konsequent, das Angebot des HVV auszuweiten. Die heute vorgestellten Maßnahmen haben einen Umfang von geradezu historischem Ausmaß.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/yao4n65j>

- **Investitionen in Bildung, Mobilität und Digitales: Bundestag beschließt Grundgesetzänderung**

Der Bund soll künftig stärker direkt in Bildung investieren können. Deswegen hat der Bundestag heute mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit verschiedene Verfassungsänderungen beschlossen. Damit folgten die Abgeordneten einer großen bildungspolitischen Forderung der SPD.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/ybbs9zht>

- **Ein Meilenstein für Chancen und Zusammenhalt**

Wir wollen eine Gesellschaft, in der jede und jeder die Möglichkeit hat, seine Träume zu verwirklichen, unabhängig vom Portemonnaie der Eltern oder vom Wohnort. Herkunft darf nicht über Zukunft entscheiden! Deshalb haben wir lange für mehr Geld für gute Schulen, bezahlbare Wohnungen und öffentlichen Nahverkehr in unserem Land gekämpft. In dieser Woche haben wir es geschafft. Endlich kann der Bund mehr in Bildung und Infrastruktur in den Kommunen investieren. Dafür ändern wir das Grundgesetz.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/y7z67lxx>

- **DGB Nord für Weiterbau der A20**

Der DGB Nord erwartet angesichts des Baustopps an der A20 eine konzertierte Aktion der Jamaika-Koalition mit SPD und SSW, Gewerkschaften, Unternehmens- und Umweltverbänden in Schleswig-Holstein, um Planungsfehler zu beseitigen, den Weiterbau zu ermöglichen und den verkehrspolitischen Stillstand zu überwinden. "Diese wichtige Ost-

West-Verbindung wird schon viel zu lange gebraucht. Sie hilft dem Norden als Logistikkreuzung, und gibt auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern viele Stunden an Arbeits- und Lebenszeit, die sonst im Stau verströmt wird.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/ycls67op>

- **"Wir brauchen europäische Alternativen zu Google & Co."**

Die Digitalisierung verändert, wie wir arbeiten und leben. Im Interview spricht Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, über den digitalen Kapitalismus, europäische Alternativen zu den großen Digitalkonzernen aus den USA und China und die Notwendigkeit einer öffentlichen digitalen Infrastruktur.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/y7u7m7e4>

- **Dringend gebraucht – aktive Wirtschaftspolitik, um Außenhandelsüberschüsse abzubauen**

Angesichts der Alleingänge der USA in der Handelspolitik ist es umso wichtiger, dass Deutschland seine Abhängigkeit von Exportüberschüssen reduziert. Mit Hilfe eines makroökonomischen Modells lassen sich die quantitativen Effekte einer expansiven Fiskal- bzw. einer kombinierten Fiskal- und Lohnpolitik auf den Außenbeitrag bzw. den Leistungsbilanzüberschuss, auf Wachstum und Beschäftigung sowie auf den Staatshaushalt analysieren. Einen erfolgversprechenden Ansatz zur Reduzierung der Außenhandelsüberschüsse stellt die Kombination von fiskal- und lohnpolitischen Maßnahmen dar.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/y8c6bm9n>

Demokratie, Kultur und Bildung

- **ARD, ZDF und Co.: Too big to fail?**

Sind die gebührenfinanzierten Medien ihr Geld wert? Sind „Marken“ wie ARD und ZDF stark genug, um sich in der wachsenden Informationsflut behaupten zu können? Wie sieht ihre Perspektive in der digitalen Gesellschaft aus? Und wie kann ein ausreichend finanzierter öffentlich-rechtlicher Rundfunk sichergestellt werden? Um diese und andere Fragen kreiste der „Gesellschaftspolitische Dialog“, zu dem der DGB-Bundesvorstand am 27. November Medienmacher_innen, Medienpolitiker_innen und Gewerkschafter_innen eingeladen hatte.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/yahxadho>

- **19. Ratschlag Stadtteilkultur zu Chancen und Risiken der Digitalisierung**

Mehr als 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich am Freitag im Bürgerhaus Barmbek beim Ratschlag Stadtteilkultur dem Thema „Smart? Nee: Plietsch! Wie die

Stadtteilkultur die Digitalisierung klug und kritisch nutzen kann“ gewidmet. Dr. Carsten Brosda, Senator für Kultur und Medien, hielt einen Vortrag und diskutierte anschließend mit Marina Weisband, Beraterin für Netzpolitik, und der Geschäftsführerin von Stadtkultur Hamburg Corinne Eichner zum Thema „Digitale Innovation und analoge Begegnung als Kernelemente gelungener Stadtteilkulturarbeit?“ Eingeladen hatten Stadtkultur Hamburg und der Landesrat für Stadtteilkultur der Behörde für Kultur und Medien.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/y86v3jyn>

- **Behörde stellt sich vor engagierte Lehrkräfte**

Im Kontext der Debatte um das AfD-Portal zur Denunzierung politisch engagierter Lehrkräfte haben mehrere Lehrkräfte, teilweise ganze Kollegien, Offene Briefe verfasst, in denen dieser Versuch, Einfluss auf Schule zu nehmen, deutlich zurückgewiesen und sich kritisch mit der AfD auseinandergesetzt wird. In einer Anfrage wollte die AfD nun wissen, ob diese Briefe rechtlich zulässig seien. In ihrer Antwort stellt die Schulbehörde klar, dass sich diese Äußerungen im Rahmen dessen bewegen, was den Lehrkräften an Meinungsfreiheit zusteht.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/ycqj5eon>

- **Welterbe durch Planungen am Klosterwall nicht betroffen**

Das bedeutet, dass der Abriss des City-Hofes aus der Sicht des Welterbezentrums der UNESCO nicht den Welterbestatus der Speicherstadt und des Kontorhausviertels gefährdet. Dies hat das Auswärtige Amt heute der Stadt mitgeteilt. Damit kann die Entwicklung des Quartiers am Klosterwall jetzt fortgesetzt werden.

Hier weiter: <https://tinyurl.com/yd5stj5o>